

wollen verfolgt wird, auch eine sympathisierende Stellung einnehmen mußte, wollte es nicht in diesem immerhin einige Bedeutung beanspruchenden Falle sich außerhalb der öffentlichen Meinung der Welt stellen. Tatsächlich schlossen sich auch dem Deutschen Komitee Pro Palästina Vertreter der verschiedensten Richtungen des deutschen Volkes an, die es als ihre Aufgabe betrachteten, für diese Sache in Deutschland Sympathien zu werben und durch die Tatsache der Existenz des Pro Palästina-Komitees die in Deutschland lebenden Juden zu mahnen, sich an dem Aufbauwerk in Palästina zu beteiligen. Außerdem ist es kein Zweifel, daß die Zugehörigkeit so vieler prominenter Leute zu einem Komitee, das sich die Förderung eines eminenten jüdischen Werkes zur Aufgabe macht, eine Stellungnahme dieser Persönlichkeiten zu Judentum und jüdischer Gemeinschaft bedeutet, die für die Juden als ein Aktivum gebucht werden muß. Aus einzelnen Äußerungen von Mitgliedern des Pro Palästina-Komitees in der Öffentlichkeit erfährt man, daß es neben dem Deutschland der Hitler und Ludendorff auch ein anderes Deutschland gibt, das den Juden vorurteilslos, wohlwollend und sozusagen mit einem Gefühl der Verpflichtung gegenübersteht, die in vergangenen Jahrhunderten den Juden angetane Unbill gutzumachen.

Man müßte also meinen, daß alle Juden in Deutschland, unbeschadet ihrer sonstigen Einstellung zum Zionismus, die Tatsache der Begründung des Pro Palästina-Komitees, dem so viele Nichtjuden angehören, achtungsvoll und stillschweigend hinnehmen werden, wie es in Frankreich und in England der Fall gewesen ist, wo auch ein erheblicher Teil der Juden dem Zionismus fernsteht, ja ihm oft auch feindlich gesinnt ist. Aber ungleich den assimilierten französischen und englischen Juden, die Takt und Empfindung für Imponderablen haben, beeilten sich unsere Assimilanten in Deutschland gegen das Pro Palästina-Komitee Sturm zu laufen. Liberale Juden, im Verein mit nationaldeutschen Juden unter Führung Max Naumanns, maßten sich gegenüber den hervorragenden Nichtjuden, die dem Pro Palästina-Komitee angehören, die Rolle von Mentoren an und erteilten diesen Nichtjuden nicht etwa Unterricht in jüdischen, sondern in deutschen Dingen. Der Tenor aller von den liberalen und nationaldeutschen Juden geschriebenen Aufsätze, unternommenen Aktionen und veranstalteten Versammlungen gegen das Pro Palästina-Komitee, bestand darin, den nichtjüdischen Mitgliedern des Pro Palästina-Komitees vorzuhalten, daß sie deutsche Interessen geschädigt haben, daß sie Naivlinge sind, die sich von den Zionisten überföheln lassen und daß ihre Stellungnahme in der Frage des jüdischen Palästina-Aufbaus kein Akt des Fortschrittes und der Kultur, sondern der Reaktion und Unkultur darstelle.

Wie unsinnig ein derartiges Beginnen ist, braucht nicht weiter dargelegt zu werden. Schließlich wissen Reichsregierung, Auswärtiges Amt, die verschiedenen Parteiführer, Gelehrten und Künstler, die im Pro Palästina-Komitee vertreten sind, ganz genau, was sie tun und haben weder eine Belehrung seitens der jüdisch-liberalen Zeitung noch seitens Dr. Max Naumanns nötig. Das haben diese Persönlichkeiten auch auf die Belästigungen durch liberale Zeitung und nationaldeutsche Juden mit unzweideutiger Klarheit zur Antwort gegeben. Wie aber ist es zu erklären, daß die liberalen Juden im Schlepptau der nationaldeutschen Israeliten so unklug werden konnten, gegen das Pro Palästina-Komitee aufzutreten und auf diese Weise dessen Mitgliedern sozusagen eine Rüge zu erteilen? Dafür gibt es nur eine Erklärung: sinnlose Wut schlägt mit Blindheit. Schließlich ist die Assimilation als Programm zum großen Teile aus dem Wunsche entsprungen, den Herrschenden und Mächtigen im Staate und im Staatsvolke zu gefallen. Wenn man nun sieht, daß man trotz des sich ewigen Bückens und des Sich-Anbiederns dieses Ziel nicht erreicht hat und daß die besten Vertreter des Staates und des Staatsvolkes mit ihrer Sympathie auf Seiten derjenigen stehen, die sich niemals anbiedert, aber dafür mehr Charakter haben, da ist die Enttäuschung sehr groß. Die liberalen und nationaldeutschen Juden kommen einem wie ein Musterknabe vor, der dem Herrn Lehrer immer die Hefte nachträgt, dienstfertig Schwamm und Kreide reicht und dann zu seinem Entsetzen bemerken muß, daß der Herr Lehrer ihm, dem Musterknaben, einen anderen Jungen vorzieht, der weder kriecherisch noch gelect ist, sich nicht ewig in den Vordergrund der Lehrergnade schiebt, jedoch mehr natürlichen Anstand und einen stolzeren Charakter hat... Man begreift, daß ein Musterknabe nach einer derartigen Erfahrung verzweifelt, mit Blindheit geschlagen, aufbegehrt und erklärt, der Herr Lehrer sei undankbar und ungerecht. In Wirklichkeit aber lag der Weg dieser Entwicklung in der Tatsache, daß Musterknaben in den meisten Fällen herzlich unsympathisch sind.

M. W.

Ein Beitrag zur Emanzipation der Israeliten im ehemaligen Königreich Sachsen

Von L. Horwitz, Lehrer in Kassel.

Nachstehende Zeilen sollen uns 100 Jahre zurück versetzen, in eine Zeit, in welcher die Juden Sachsens noch nicht im Besitze der bürgerlichen Gleichstellung waren. Damals wohnten im Königreich nur 700 Seelen in Dresden und Leipzig, in den übrigen Orten gar keine. „Die Beschränkungen ihrer Rechte waren unbeschreiblich groß, und es erregte Bewunderung, wie diese Bedrückten dabei existieren und in ihren Gemeinden so viel leisten konnten“, schrieb damals ein hervorragender Zeitgenosse. Das Rad der Geschichte läßt sich aber nicht zurückschrauben, und es tagte auch in Sachsen. Bevor die heranbrechende neue Zeit geschildert und der führenden Männer gedacht werde, sei eine Tatsache aus einem Privatbriefe an den Schuldirektor Dr. David Fränkel in Dessau, Herausgeber der „Sulamith“ etwas wiedergegeben, das uns mit dem frischeren Luftzug bekannt macht: „Dresden, 24. 1. 1831. Was unsere bürgerliche Emanzipation in Sachsen betrifft, so ist zwar jetzt noch nichts erfolgt, doch läßt sich von der liberalen Gesinnung des Königs, des Prinzen Mitregenten und Premierministers v. Lindenau das Beste erwarten. Als ein großer Fortschritt ist unstreitig die Einreihung der Israeliten in die Kommunalgarde zu betrachten. Bereits im September hatten sich über 40 jüngere Israeliten freiwillig der damals zu errichtenden Kommunalgarde angeschlossen und zeither den Dienst zur größten Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten verrichtet. Dessen ungeachtet wollten mehrere fanatische Bürger die Israeliten davon ausgeschlossen haben und brachten dieses höhere Orts zur Sprache. Allein die humane Gesinnung unserer Regierung berücksichtigte ihre Worte nicht, und die Israeliten werden bei der nun stattfindenden Organisation der Kommunalgarde amtlich aufgeführt. Auch erhalten sie die Befugnis, Hauptleute und Zugführer zu wählen und zu diesen gewählt zu werden und somit den Christen gleichgestellt. Fürwahr, in Sachsen, wo man vor sechs Monaten noch zweifelte, ob Juden zur Berührung von Waffen gar fähig seien, eine unerhörte Erscheinung.

Wenn dieser Brief auch nur ein ungefähres Stimmungsbild aus jener Zeit gibt, so war man auch in Regierungskreisen bemüht, die rechtliche Stellung der sächsischen Juden zu verbessern. Es wird in zeitgenössischen Schriften von Anregungen des Königs, des Prinzen Mitregenten und des Staatsministeriums berichtet. Besonderen Erfolg erwartete man von den „einsichtsvollen und tätigen“ Landständen, an der Spitze von Gersdorf stand. — Seitens der israelitischen Gemeinde zu Dresden bemühten sich besonders Bankier Michael Kaskel und die angesehenen Gelehrten Dr. Bondi und Dr. B. Beer. Sie übergaben der Ersten Kammer eine Schrift unter dem Titel: „Vorstellung der israelitischen Gemeinde zu Dresden an die hohe Erste Kammer der Ständeversammlung des Königreichs Sachsen, eingereicht und beantwortet durch Herrn Professor Dr. Krug in der Sitzung vom 27. März 1833.“ — Am 26. Juni 1833 wurde die Eingabe behandelt. Das Referat des Bürgermeisters Hübler fand besondere Beachtung und gebührende Anerkennung „wegen des humanen Geistes, welcher sich in demselben ausspricht, gepaart mit tiefer Sachkenntnis und Anmut des Vortrages.“ An der Debatte beteiligten sich Prinz Johann, Dr. Klun und die Geistlichen Dr. von Ammon wie Dr. Großmann, welche sämtlich für die Emanzipation sich aussprachen. Einstimmig wurde der Antrag des dritten Ausschusses angenommen und beschlossen: „daß Sr. Königliche Hoheit und des Prinzregenten Königl. Hoheit geruhen möchten, nach Revision der

in Beziehung auf die Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen im Königreiche Sachsen bestehenden gesetzlichen Vorschriften zur Verbesserung ihrer bürgerlichen und der Beseitigung der von ihnen aufgestellten begründeten Beschwerden, den Entwurf zu einem im Sinne des § 33 der Verfassungsurkunde zu bearbeitenden Gesetze den Ständen vorlegen, unerwartet dieser Vorlegung aber wegen Aufhebung der für die Stadt Freiberg noch gültigen polizeilichen Maßregel, wozu nach Juden, welche die Stadt passieren, bei ihren Geschäftsgängen durch von ihnen selbst zu honorierende Polizeidiener begleitet werden, Anordnung ergehen zu lassen.“ Dieser Beschluß wurde der Zweiten Kammer überwiesen, über deren Ergebnis später berichtet werden soll. Inzwischen wurde von einflussreicher Seite eine starke Bewegung eingeleitet, die Regierung möchte die Sabbatfeier auf den Sonntag verlegen lassen. Gegen dieses Verlangen machte auch Prinz Johann mit aller Entschiedenheit Front. Seine vortrefflichen Ausführungen seien nachstehend wiedergegeben:

„So schmerzlich es mir hat sein müssen, daß im Jahre 1833 im gebildeten Sachsen eine zahlreiche Klasse von Untertanen eine Petition um Gleichstellung unterschrieben werden mußte, um so erfreulicher ist es mir, im Berichte der Deputation so wahrhaft menschenfreundliche Grundsätze aufgestellt zu sehen, und ich schließe mich nicht bloß der Schlußfolge an, sondern auch daran, daß man die Frage über die Emanzipation der Juden nicht an die Frage über ihre moralische Verbesserung knüpfen möge. Man kann nicht verlangen, daß sie sich moralisch bessern, bis nicht ihre bürgerliche Stellung verbessert ist. Wenn ich der Ansicht der Deputation vollkommen beitrete und nicht billige, daß man ihnen die Verlegung der Sabbatfeier zur Bedingung mache, so erlaube ich mir in Beziehung auf die Beschränkungen, welche in Antrag gekommen sind, einige Bemerkungen. Was die erste Bedingung betrifft, so ist nicht zu leugnen, daß man, indem man die Juden ihr bürgerliches Fortkommen erleichtert, auch für ihre moralische Ausbildung etwas leisten muß: nur einen Gesichtspunkt erlaube ich mir anzudeuten: Ich glaube nämlich, daß man dabei nicht nur alles zu vermeiden hat, was eine Beschränkung der Gewissensfreiheit involviert, sondern daß man auch nicht die Absicht verfolgen darf, durch neue Einrichtung die Jugend für ihren Glauben gleichgültig zu machen, denn Leute ohne Glauben, sind die gefährlichsten Mitglieder der Gesellschaft. Dagegen würde ich gegen alle Beschränkung sein, welche auf ihr bürgerliches Fortkommen wirken könnte, denn ich glaube, man muß die Juden in den Stand setzen, sich ein ehrliches Fortkommen zu verschaffen, ehe man ihnen bürgerliche Pflichten auferlegen kann. Von der anderen Seite aber ist unleugbar, daß man in Beziehung auf die Erteilung anderer Rechte nur stufenweise vorgehen darf, und die Rechte, welche ich hier bezeichne, sind solche bürgerliche, welche einen Einfluß auf die übrigen Staatsbürger geben. Daß man mit diesen sparsam umgehen muß und sie nicht jedem geben kann, beweisen alle Gesetzgebungen, und daß man einige Rechte den Juden immer vorenthalten muß, geht daraus hervor!

Das Vorenthalten der Rechte dauerte in Sachsen noch recht lange. Auf die späteren Verhältnisse, die Emil Lehmann in seinen „Gesammelten Schriften“ schildert, dürfte gelegentlich noch mehr gesagt werden.

Dr. Nathans Beschuldigung des ehemaligen Generalstabes

Von sehr achtbarer Berliner Seite geht uns folgende Mitteilung zu:

Gelegentlich einer Schilderung der gegenwärtigen Lage der Juden in Rußland hat Dr. Paul Nathan, der Vorsitzende des Hilfsvereins der deutschen Juden, der neulich von einer Studienreise durch Sowjetrußland nach Berlin zurückgekehrt ist, die Aufsehen erregende Mitteilung gemacht, daß beim ehemaligen deutschen Generalstab, dessen Chef damals Erich v. Ludendorff war, im Jahre 1918 der Plan bestand, die gesamte Judentenschaft der damals von den Deutschen okkupierten Gebiete Rußlands auf Schiffe zu bringen und sie in der Gefahrenzone auf hohem Meere ihrem Schicksal zu überlassen! Motiv: die damals immer fühlbarer werdende Abnahme der Lebensmittelvorräte im besetzten Rußland, deren knappe Bestände nun der Generalstab durch die erwähnte summarische Ausschaltung der jüdischen Mitverbraucher für

Heer und Heimat allein reservieren wollte. Daß dieser Schreckensplan nicht zur grausamen Tat wurde, ist nur dem Eingreifen führender deutscher Juden, unter ihnen auch Dr. Paul Nathan, zu verdanken.

(Anmerkung der Redaktion.) Wir wollen es nicht verhehlen, daß wir diese Nachricht, der wir bereits in anderen jüdischen Blättern begegnet sind, nur zögernd Raum geben. Unserer Meinung nach ist die politische und interkonfessionelle Atmosphäre hierzulande bereits reichlich mit Spannung geladen, so daß eine Steigerung derselben möglichst zu vermeiden ist. Allerdings sind die hier vorgebrachten Rekrimationen von einer derartigen Unmenschlichkeit, daß es einem schwer fällt, sich darüber hinwegzusetzen. Doch erwarten wir von Dr. Paul Nathan, da nun die Sache einmal auf Tapet gebracht worden ist, daß er der Öffentlichkeit die nötige Aufklärung nicht vorenthalten wird.

Aus

Eine M...
reich. V...
kampf" s...
fordert in...
heimer M...
Amerikan...
Feme auf...

Ministe...
ein. Be r...
Bischen L...
zum Kultu...
antwortet...
Rechtsp...
theater...
Er lehnte...
künstleris...
und bat...
nicht zu...
Jeßner u...
erworben...
Staatsbü...
vor dem...

Aberma...
Bukarest...
Tageszei...
nischen F...
gerien f...
den Stu...
wird, w...
herunter...
ten Jahr...
kürt un...
verletzt...
schen Pa...
4 jüdisch...
die weni...
lesungen...

Tragis...
wald. —...
burg-Be...
Oberkan...
Samuel...
Ben Ruf...
eine Be...
Erfolg...
handlung...
Oberkan...
garn zu...
um seine...
er eine...
burg—B...
ganzen...
Er erli...
als er in...
ein Spit...
verstarb...
schlenen...
Kantore...

Sozial...
fahrtsst...
jüdische...
lands h...
Auspra...
eingelad...
mann v...
Ausführ...
Standpu...
thal), d...
schen A...
des Wo...
die Auf...
Fr. Fr...
deutsche...
waren...
gebildet...
lichst C...
müsse...
den jü...
sonderr...
jüdische...
brachte...
hin von...
arbeit o...
lung ei...
daß ab...
besond...

Die...
Herr F...
verse...
Juden...
sehr v...
Lille, e...